

Sprache als Prügelknabe

Verändert politisch korrekte Sprache etwas oder schafft sie nur ein gutes Gewissen?

Zum 10. Jahrestag des Bekanntwerdens der NSU-Mordserie kritisierte der Bundespräsident den „hemmungslosen[n] Rassismus“ (ARD-Text, 4.11.) in dieser Republik, der längst in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen sei. Darin zeige sich eine „Fremdenfeindlichkeit, die niemals geduldet werde“.

Auch in unserem Landesverband ist das Thema „Rassismus und Antirassismus“ (gew-hamburg.de) ein Schwerpunkt. Vor etwa einem Jahr wurde der „Bleiberechtsausschuss“ in „LAMBDA“, den Landesausschuss für Migration, Bleiberecht, Diversität und Antirassismus, umbenannt. Die Namensänderung zielt u. a. auf den „Kampf gegen Rassismus und Rechtsentwicklung“ ab. Die hlz hat sich aus verschiedenen Blickwinkeln (Identität, Cancel Culture, Gendern) mit ähnlichen Themen befasst.

Die Akteur_innen der „Politi-

cal Correctness“ sind in Sachen saubere Sprache seit Jahren unterwegs. Auch die politischen Akteur_innen, so die Damen und Herren Noch-Koalitionär_innen, diskutierten über den Verbleib des Wortes „Rasse“ im GG (hlz 9-10/20, 48). Antidiskriminierungsstellen wurden geöffnet und bieten, so das ADB in Köln, unter dem Motto „Sprache schafft Wirklichkeit“ ein „Glossar für einen antirassistischen Sprachgebrauch“ an. Auch in der Sprachwissenschaft nimmt die Themenstellung mittlerweile einen gewissen Raum ein. Das Reden soll *Macht* ausüben, so war in einem „Seminarprojekt der TU Dresden“ die „Macht der Sprache“ Thema. Sprache soll gar als „Gewaltmittel funktionieren“ (Hornscheidt 2009, 7). Da verblasen fast die vielen Toten, die der außenpolitischen Gewalt zuzurechnen sind.

Schafft die „Macht der Sprache“ „Wirklichkeit“?

Der Projektbericht „Sprache und Diskriminierung“ (TU Dresden 2019, 9) will durch „Nachdenken über Sprache“ deren Veränderung bewirken. Unbestritten: Mit Worten wird auch gepöbeln, beschimpft, folglich diskriminiert. Einerseits geht das N-Wort auf das lateinische „niger“ – übersetzt: schwarz - zurück, trägt also nichts Beleidigendes in sich. Andererseits ist es, Überbleibsel aus der heute inkriminierten Sklaven- und Kolonialzeit, bis dato als Schimpfwort in erniedrigender Weise in Gebrauch. Im Projekt wird nun die gewagte These aufgestellt, dass das Ersetzen von Schimpfwörtern durch neutrale Begriffe zur „Bewältigung von Rassismus“ – so die „Wunschvorstellung“ – beitragen soll. Das bedeute auch, „gesellschaftliche Bedingungen [zu] verändern“.



© Amnesty International, Foto: Jarek Godlewski

Aktivist_innen setzen ein Zeichen gegen Rassismus bei der #unteilbar-Demo in Dresden im August 2019

was eine „Kritik an den gesellschaftlichen Umständen“ voraussetzt.

Wird dieser Anspruch eingelöst? Eine universitäre Befassung sollte mit der Fragestellung „Warum?“ der Sache auf den Grund gehen. Leider kaprizieren sich die Verfasser_innen fast verbissen auf Sprachkritik. Nachfolgend der Einstieg in eine mögliche Diskussion.

Die Wertvollen und die Minderwertigen

Die demokratische Marktwirtschaft funktioniert ja nur über ein großes Regelwerk. Dafür ist die Politik mit ihrer Amtssprache verantwortlich, die Gesetze fixiert und über behördliche und weitere Institutionen durchgesetzt wird. Eine der vielen Regeln ist das Ausländerrecht, darin steht, was diese Menschen dürfen und was nicht. Daraus lässt sich ein Vergleich zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen herleiten, der von etlichen Menschen angestellt wird und dazu führt, dass die Gesellschaft sich in Originaldeutsche und Minderberechtigte scheidet. Die Sortierung in wertvolle und minderwertige Menschengruppen, die hier anklingt, steht für Rassismus.

Der Alltag der Bürger_innen ist durch die hoheitliche Gewalt vorgegeben: In der Schule haben die Zöglinge zu lernen, dazu gesellt sich eine weitere Anforderung, besser und schneller zu sein als die Mitschüler_innen. Auf dem Arbeitsmarkt muss man, weil man über keine andere Geldquelle verfügt, einen der viel beworbenen Arbeitsplätze zu ergattern versuchen, wozu man wie in der anderen Schule einem Leistungsvergleich mit anderen unterzogen wird.

Was dabei herauskommt, muss sich letztendlich auf dem Markt für Konsumgüter und dem für Wohnungen bewähren; davon hängt ab, was zu kaufen ist und wovon man zu leben hat. Al-

ternativen sind nicht vorgesehen.

Das Eigentum, der große Markt, die staatlichen Einrichtungen wie das Ausbildungswesen, das Eheinstitut und Sozialversicherungen sind Hinweise für einen dauerhaften Überlebenskampf. Allerorten begegnen einer/m Konkurrent_innen, die dem eigenen Interesse entgegenstehen. Das führt zu wenigen Erfolgen, meist zu vielen Niederlagen. Ins System der Geldvermehrung ist man bedingungslos eingespannt: Jede/r ist seines/ihreres „Glückes Schmied“ in den vorgegebenen Bahnen. Die Mehrheit in dieser Gesellschaft muss sich beim Geldverdienen mit ihrer Qualifikation/

Die im Sinne der Sprachaktivisten geführten Umbennungsaktionen haben an den tatsächlichen sozialen Zuständen, in denen weiterhin Rassismus herrscht, nichts geändert

Fähigkeit brauchbar für eine Firma oder eine Verwaltung machen, dabei ist viel Arbeitsaufwand und Zurückhaltung bei der Entlohnung gefragt. Man erwirtschaftet ja mit seiner Arbeitskraft den Reichtum, der in anderen Händen landet.

Der Versuch, über politisch korrekte Regeln zu einem Verbot fraglicher Ausdrücke zu kommen, um diese Welt etwas erträglicher zu gestalten, ist verfehlt. Also ist die beschriebene Ordnung dieser Gesellschaft genauer in den Focus zu nehmen. Die Politik äußert hin und wieder, dass ihre Ordnung nichts mit Rassismus zu tun habe. Das Phänomen ist jedoch allgegenwärtig, sonst hätte der Bundespräsident nicht das Wort dazu ergreifen müssen. Warum sonst hat man die Sprache zum Prügelknaben gemacht? Im Folgenden soll dem Tun der Sprachhygieniker_innen wei-

ter nachgegangen werden, dazu werden einige Beispiele angeführt.

Die Vergangenheit – und ihre ‚Sünden‘

Klar ist: Die Praxis des „Kolonialismus“ mit der Jagd auf Afrikaner_innen, die wie ‚Stücke Vieh‘ als Sklav_innen nach Amerika verfrachtet wurden, ist Vergangenheit. Der Grund für die damalige Praxis lag in dem unersättlichen Hunger nach Arbeitskräften, den es im aufstrebenden Kapitalismus auf dem amerikanischen Kontinent, in den Gruben zum Abbau von Bodenschätzen und auf den großen Flächen der Plantagenbesitzer gab. So entstand die Importware Sklave und Sklavin, heutige Begriffe wie „Gastarbeiter_in“, „Migrant_in“ oder „Flüchtling“ waren damals noch unbekannt. So machen sich die aus ihrer persönlichen Abhängigkeit in die heutige Freiheit Entlassenen, aber in ihrer Existenz durch Hunger und Elend bedrohten Menschen ganz freiwillig auf den Weg in die Metropolen. Sklavenhändler sind out! Sklavenarbeit aber ist, wie die UN-Berichte dokumentieren, nicht ausgestorben.

Die Entstehung des „Weltmarkts“, heute auch Globalisierung genannt, war gekennzeichnet durch die Zurichtung ganzer Kontinente als Kolonien für die aufstrebenden kapitalistischen Mächte. Eingeschlossen darin waren Vertreibung und Terror bis hin zu Massakern an der eingeborenen Bevölkerung. Der Stempel „wertlos“ wurde ihr aufgedrückt, amtlich und aus wissenschaftlicher Sicht waren es „Untermenschen“ oder „Wilde“. Auch das ist Vergangenheit! Die Kolonien sind in die Unabhängigkeit ‚entlassen‘ worden, was durch viel, manchmal auch weniger Gewalt vollzogen wurde.

Die oft gepriesene „nationale Unabhängigkeit“ verhielt nichts Gutes, Teile der sonst nicht

brauchbaren Völker werden jetzt zum Abtransport der Bodenschätze für die herrschenden Weltmarktmächte eingesetzt. Das Gros vegetiert vor sich hin, die Millionen von Hungertoten sprechen für sich. Diejenigen, die nicht verhungern und trotz ihrer Unbrauchbarkeit das Geld und den Willen aufbringen, machen sich auf den Weg in 'das gelobte Land' des Westens.

Einige Jahre nach dem 1. Weltkrieg waren für die deutsche Nation die Drangsale durch den „Schandvertrag von Versailles“ nicht mehr auszuhalten. An die Macht gelangt, entdeckte ein gewisser GröFaz in „seinem Volk“ die Bedrängnis durch ein feindliches Volk, das der Juden und anderer „Volksfeinde“ wie Sinti und Roma, Sozialdemokrat_innen, Kommunisten_innen und Gewerkschafter_innen eingeschlossen. Diese Erfindung, mit der der Nationalsozialismus den industriellen Massenmord von sechs Millionen Juden recht-fertigte und die kriegerische Eroberung des „Lebensraum im Osten“ folgen ließ, ist ebenfalls passé. Der Gewaltakt wird als unpolitischer „Bruch“ der deutschen Geschichte eingeordnet. Singulär, die Tat eines Verbrechers, er und seine Mannschaft als hinterlistige Volksführer, so die offizielle Einordnungen. „Die bis heute geltende deutsche Rechtsprechung zum Holocaust kennt nur drei Täter.“ (sueddeutsche.de, 11/21)

Die Jetztzeit – Ungarn und die Roma ...

Mit dem Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen stellten sich im Land der Magyaren für die Minderheit der Roma

bald die bekannten Formen von Arbeitslosigkeit und Verarmung ein. Der Antiziganismus-Forscher M. End beschreibt sie als eine vor der Abschaffung der Staatsökonomie als „verhält-

Form des Rassismus, hat rein gar nichts mit persönlichen Erfahrungen zu tun, beruht dort „auf Projektionen der Mehrheitsgesellschaft“ (dw.com 7/14). Bekannt ist dieses Phänomen aus den neuen Bundesländern – dort, wo kaum Flüchtlinge untergebracht sind, gibt es eine große Zahl ausländerfeindlich gesonnener Menschen. Nicht nur mit Orbans regierender Fidesz Partei sind Regierungen am Werk, die auf ihre Agenda die Verhinderung „Ungarns [zum] Einwanderungsland“ (balatonzeitung.info, 11/21) gesetzt haben. Wie üblich ist die Berufungsinstanz der „Wille des ungarischen Volkes“, dem sie ja nur zu Diensten sind.

Dazu braucht's keine mörderischen Rassen-gesetze, die Arbeit nur für das wahre Volkstum vorsahen, Minderheiten ins KZ sperrten und umbrachten. Wenn das in der demokratisch betretenen Marktwirtschaft vorkommt, mit all den darin offenkundigen, nicht ausgestorbenen völkischen Abneigungen und Mordtaten, dann ist das doch keine Randerscheinung, sondern gedeiht in diesen Verhältnissen.

Dazu braucht's keine mörderischen Rassen-gesetze, die Arbeit nur für das wahre Volkstum vorsahen, Minderheiten ins KZ sperrten und umbrachten. Wenn das in der demokratisch betretenen Marktwirtschaft vorkommt, mit all den darin offenkundigen, nicht ausgestorbenen völkischen Abneigungen und Mordtaten, dann ist das doch keine Randerscheinung, sondern gedeiht in diesen Verhältnissen.

... und das „Massengrab Mittelmeer“

Das aufgeführte Beispiel ist mit einem „Volk“, „Staatsvolk“, ehemals einer „Volksgemeinschaft“, befasst. Die Menschen scheiden sich in die, die dazu gehören und die, die davon ausgeschlossen sind. Auch hier die Sortierung nach Wertvollen, die diese Sorte Mensch, die Anderen, partout nicht aushalten wollen! Die weniger Wertvollen bringen keinen Nutzen. Ausnahmen richten sich nach den Be-



Kostenloser Download unter:
<https://www.oegg.de/sprache-schafft-wirklichkeit-glossar-und-checkliste-zum-leitfaden-fuer-einen-rassismuskritischen-sprachegebrauch/>

nismäßig gut integrierte Mittelschicht, häufig mit Immobilienbesitz“ (Pester Lloyd, 09). Damals gab es eine Roma-Quote in den Betrieben, 85 Prozent standen in Lohn und Brot, davon „waren ca. 70 Prozent in der Bauindustrie beschäftigt“ (FAZ, 3/2011). Sie bereichern nach der „Wende“ die Arbeitslosenstatistik um ca. 300.000 Fälle, leben nun unter erbärmlichen Verhältnissen vom Sozialstaat und von „Beschaffungskriminalität.“ Forscher wie M. End und K.- M. Bogdal „gehen davon aus, dass die meisten [feindseligen] Menschen, die Sinti und Roma ablehnen“, diese gar nicht kennen.

Der Antiziganismus, diese

darfen der Wirtschaft, auf diese Weise kamen die Fremdarbeiter_innen ins Land und wurden mittels Prämien zur Rückkehr angehalten, heute sollen Geflüchtete den in Zahlen festgelegten Fachkräftemangel beheben. Nach acht Jahren mit einigen Schikanen können sie dann durch einen Pass zu Deutschen mit Migrationshintergrund werden.

Wenn ein Mitglied der politischen Klasse, so der Bundespräsident, sich gegen Rassismus und den darin enthaltenen Terror gegen Fremde positioniert, mangelt es da nicht an inhaltliche Kritik? War nicht die SPD Teilhaber der Macht, als das Asylgesetz reformiert wurde? Hat sie nicht die Grenzüberwachungsagentur Frontex mit geschaffen, die jetzt mit „Push-Backs“ von Flüchtlingen für Negativschlagzeilen sorgt? Außerdem werden Drittstaaten mit Millionen dazu zu bewegt, Flüchtlingsrouten zu kappen und die Flüchtenden in Lagern zu konzentrieren.

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Kurz hatte sich zu den Seenotrettungsaktionen im Mittelmeer in der Weise geäußert: „‘Sophia’ war vor allem eine Rettungsaktion [ja was denn sonst?], die für Tausende illegale Migranten zum Ticket nach Europa wurde“ und damit zu zusätzlichen Toten im Mittelmeer geführt habe, weil noch mehr von ihnen dadurch angezogen wurden (t-online.de, 2/20). Eine Argumentation, die darauf hinausläuft, dass man sie hätte ertrinken lassen sollen! Das

hätte ja dann auf weitere Menschen, die vor unerträglichen Lebensumständen fliehen wollen, abschreckend gewirkt.

Das fürs Nationale nötige „Wir“ ist dann schnell bei Weiterem angelangt: Die Lasten wollen wir uns nicht aufbürden, die haben hier sowieso nichts zu suchen. Wenn die sich trotzdem auf den Weg machen, sind sie an ihrem Tod selbst schuld.

Resümee

Die im Sinne der Sprachaktivisten geführten Umbenennungsaktionen haben – auch wenn es auf der Sprachebene einige Erfolge gibt – an den tatsächlichen sozialen Zuständen, in denen weiterhin Rassismus herrscht, nichts geändert. Was sind denn die Änderungen? Als erfolgreicher Antirassismus soll etwa die nach Protesten in den sozialen Medien erfolgte Umbenennung von „Zigeunersauce“ in „Paprikasöße ungarischer Art“ durch den Konzern Unilever gelten. Auch in den Kinderbüchern von A. Lindgren hat die Sprachhygiene einen Sieg davon getragen: Der „N-Wort-König“ wurde nämlich in „Südseekönig“ umgeändert. Ob Schüler_innen wegen der umbenannten Lektüre mit ihrem gemeinen Arsenal an Beschimpfungen Schluss machen, ist allerdings fraglich.

Bogdal kommt in seinem Buch „Europa erfindet die Zigeuner – Eine Geschichte von Faszination und Verachtung“ zu folgendem Schluss: Das Ankommen der ersten Roma-Gruppen

in Europa war die „Zeit, als sich Nationalstaaten bildeten“, in der Minderheiten als „Zugewanderte und Fremde ausgegrenzt und verfolgt wurden“ (dw.com 7/14). Mit der Bildung von Nationalstaaten ging die Grenzziehung und -befestigung einher; nicht willkommene Eindringlinge wurden getötet oder verjagt.

Kriege wurden damals wie heute noch um den Raum mit seinen natürlichen Ressourcen geführt. Geopolitik der US-Weltmacht mit ihren Kriegskoalitionen hat in den zu befriedenden Staaten vielfach für Tod, Flucht und Vertreibung gesorgt.

Der Freizügigkeit der offenen Grenzen im EU-Raum steht an den EU-Außengrenzen die „Festung Europa“ als Schutzwall gegenüber. Die menschlichen Dramen, die sich brandaktuell an der polnisch-belarussischen Grenze abspielen, werden mit noch höheren Grenzzäunen beantwortet. Das ausgewählte Volk steht wie sein Gemeinwesen wehrbereit gegen die Anderen.

In dem dadurch angerichteten Elend finden heute wie früher unzählige Menschen den Tod. Diesen Rassismus der Wertvollen im eigenen Nationalstaat, der die Minderwertigen ausgrenzt, als ein Problem des „Rassismus in der Sprache“ vorzuführen, kommt – um das Mindeste zu sagen – einer Verharmlosung gleich.

F. BERNHARDT,
im unruhigen Ruhestand

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: Foto: privat. Die Datei ist lizenziert unter Creative Commons Attribution ShareAlike 3.0 / Layout Jason Tsiakas

Rückseite: hlz

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 3-4/2022: 30.3.2022